

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Lisa Badum, Daniela Wagner, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Matthias Gastel, Kai Gehring, Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel und dessen Folgen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Menschheit dar. Überall auf der Welt machen sich die daraus resultierenden Probleme immer drastischer bemerkbar. Das Zeitfenster, in dem noch gegengesteuert werden kann, droht sich zu schließen. Angesichts der Größe der Herausforderung sind alle Ressorts der Bundesregierung dringend zum Handeln aufgefordert und müssen ihren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten.

Die Bundeswehr hat als Großorganisation einen erheblichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Richtige Entscheidungen können den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck signifikant reduzieren. Bei der Beschaffung von Ausrüstung und Material von Streitkräften werden der Schutz der Soldatinnen und Soldaten und die Leistung bzw. Wirkung priorisiert. Im Rahmen der Auswahlentscheidung müssen die Faktoren CO<sub>2</sub>-Ausstoß oder Umweltbelastung jedoch ebenso mitbedacht werden. Wenn es um Beschaffungen geht, die keinen direkten militärischen Bezug haben, sollten sie priorisiert werden.

Die Bundeswehr muss alle ihr möglichen Schritte gehen und ihren Beitrag leisten, um die Klimakrise zu bewältigen und um zur Einhaltung der Pariser Klimaziele beizutragen. Bereits heute sind Millionen Menschen infolge der Klimakrise gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, da ihre Lebensgrundlage vernichtet wurde. Im vom Planungsamt der Bundeswehr herausgegebenen future report „Umweltdimensionen von Sicherheit“ wird explizit auf die Notwendigkeit, die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu senken, hingewiesen, um die gravierendsten Folgen der Klimakrise abzuwenden. Den sicherheitspolitischen Handlungsdruck hat die Bundeswehr damit zum Teil bereits erkannt und beschrieben; die eigenen Handlungen sind jedoch überhaupt nicht ausreichend.

In Sachen Klimaschutz ist die Bundeswehr alles andere als gut aufgestellt. Nach Raketen-Tests im Auftrag der Bundeswehr brannte am 3. September 2018 das Moor im niedersächsischen Meppen. Auf rund 1.000 Hektar militärischem Übungsgelände schwelte über einen Monat lang Feuer mit negativen Auswirkungen auf das Klima.

Bis heute ist der Umfang der durch den Moorbrand in Meppen verursachten Treibhausgasemissionen nicht genau bekannt. Das trockene Frühjahr 2020 macht deutlich, dass die Gefahren für einen unkontrollierbaren Moorbrand wie 2018 weiterhin auf dem Truppenübungsplatz in Meppen bestehen. Überhaupt spielt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Beschaffung oftmals keine oder eine zu geringe Rolle und es gibt bislang keine konsequente Erfassung der durch die Bundeswehr verursachten Treibhausgasemissionen. Dabei ist spätestens seit den 1990er Jahren klar, welche verheerenden Konsequenzen der Ausstoß von Treibhausgasen für den Planeten hat.

Vor allem auch der Gebäudebereich der Bundeswehr hat einen signifikanten Einfluss auf den Klimaschutz. Angesichts des bestehenden Sanierungs- und Modernisierungstaus in den über 300 Bundeswehrstandorten hat die Bundeswehr hier Nachholbedarf. Mit nachhaltigen, klimaschonenden Baustoffen, Effizienzsteigerung und der Nutzung von erneuerbaren Energien können sogar Null- oder Plusenergiehausstandards erreicht werden. So könnte die Bundeswehr eine Vorbildfunktion einnehmen. Insbesondere in diesem Bereich besteht ein erhebliches Einsparpotenzial für Treibhausgasemissionen.

Mit der 2019 geschlossenen Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Deutschen Bahn AG zur kostenfreien Beförderung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Dienstkleidung (Uniform) in den Zügen der Deutschen Bahn AG kann die Bundeswehr als Pendlerarmee zudem dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß für die wöchentliche An- und Abreise der Soldatinnen und Soldaten zu reduzieren.

Auch in der Ausbildung und der Übungspraxis kann und muss mehr getan werden. Bei der Luftwaffe werden beispielsweise Übungsmöglichkeiten für Pilotinnen und Piloten am Simulator regelmäßig nicht vollumfänglich genutzt. Es ist unstrittig, dass Flugstunden im Simulator nicht vollumfänglich mit Flugstunden in der Luft gleichgesetzt werden können. Der Mehrwert von Flugstunden im Simulator in der Ausbildung bzw. für den Erhalt von Fluglizenzen ist jedoch ebenso unzweifelhaft. Dabei steht einer Flugstunde im Simulator im Vergleich zu einer Flugstunde im Eurofighter neben einer deutlichen CO<sub>2</sub>-Einsparung, einer Reduktion der Lärmbelastigung für Mensch und Natur auch ein großes finanzielles Einsparpotential gegenüber.

Klima- und Naturschutz hängen eng zusammen. Durch die Zerstörung von Ökosystemen wie Regenwälder droht eine CO<sub>2</sub>-Senke und ein Hotspot der Biodiversität verloren zu gehen. Dies muss die Bundeswehr in ihrer Beschaffung berücksichtigen. Doch mit dem geplanten Einsatz von Teak-Holz aus dem Urwald Myanmars für die Sanierung der Gorch Fock, für das kein Nachweis der Legalität vorliegt, werden die deutschen Bemühungen für den internationalen Schutz von Urwäldern konterkariert.

Beiträge zum Klimaschutz sind auch im Eigeninteresse der Bundeswehr. Ein geringerer Treibstoffverbrauch oder alternative Antriebstechnologien führen beispielsweise zu einem geringeren Versorgungsaufwand und verringern so die Abhängigkeit von der Brennstoffversorgung. Größere taktische Mobilität und Flexibilität sind der Vorteil.

Der Klimaschutzbericht 2018 zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung stellt fest, dass die Emissionen der militärisch genutzten Fahrzeuge unberücksichtigt bleiben. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 19/16169) stellt die Bundesregierung allerdings fest, dass im Jahr 2017 der Anteil des Verbrauches aller mobilen Systeme der Bundeswehr 0,07 Prozent der Gesamtemissionen der Bundesrepublik Deutschland betragen. Um diese Zahl zu erheben wurden lediglich die kraftstoffbedingten CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen aller mobilen Systeme der Bundeswehr für die Jahre 2012 bis zum ersten Halbjahr 2019 auf Grundlage der Gesamtkraftstoffverbräuche ermittelt. Allerdings ist diese Methode nicht geeignet, gezielt Systeme zu ersetzen und die Bilanz zu senken. Eine systematische Erfassung ist daher unbedingt notwendig. Andere Staaten, wie zum Beispiel die USA, haben hier bereits einen deutlich besseren Datenbestand über den CO<sub>2</sub>-Fußab-

druck ihrer Streitkräfte vorliegen.<sup>1</sup> Dass das Bundesministerium der Verteidigung beziehungsweise die Bundeswehr aktuell ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht konsequent erfasst, macht deutlich, dass die Notwendigkeit zum Handeln im Geschäftsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung noch nicht erkannt wurde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Bundeswehr konsequent zu erfassen;
2. eine Strategie vorzulegen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß innerhalb der Bundeswehr in Gänze zu reduzieren;
3. sich auch innerhalb der NATO für eine generelle Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Streitkräfte einzusetzen;
4. bei der Beschaffung von handelsüblichen Fahrzeugen mit militärischer Sonderausstattung (hümS-Fahrzeuge) sowie der gesamten querschnittlichen Fahrzeugflotte der Bundeswehr konsequent auf Antriebstechnologien zu setzen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß minimieren;
5. bei sämtlichen Beschaffungsentscheidungen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß stärker zu gewichten und wo es möglich ist, zu priorisieren;
6. bei der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten vermehrt die Möglichkeiten einer simulatorgestützten Ausbildung zu nutzen;
7. Munitions-, Raketentest sowie sonstige Schießübungen auf das notwendige Maß zu reduzieren und nur dann durchzuführen, wenn keine Brandgefahr besteht und stets sichergestellt ist, dass ausreichend Einsatzkräfte und Gerät für mögliche Löscharbeiten zur Verfügung stehen;
8. Waffen- und Munitionstests nicht in oder in der Nähe sensibler und klimarelevanter Ökosysteme durchzuführen;
9. die Phase 5 der geplanten Wiederinbetriebnahme der Wehrtechnischen Dienststelle 91 (WTD) in Meppen aufgrund der fortschreitenden Klimakrise und der dadurch absehbar trockenen und heißen Sommer auch zukünftig nicht aufzunehmen;
10. bei Konferenzen und Tagungen vermehrt auf Videokonferenzen zu setzen, um unnötige Reisetätigkeiten zu vermeiden;
11. bei anstehenden Sanierungen und Modernisierungen der Bundeswehrstandorte und zivilgenutzten Liegenschaften der Bundeswehr in Verwaltung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben möglichst ressourcensparend zu bauen, auf nachhaltige Baustoffe zu setzen und diese Standorte klimaneutral umzubauen, dafür Sorge zu tragen, dass für die Bundeswehrstandorte und die zivilgenutzten Liegenschaften der Bundeswehr in Verwaltung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Konzepte zur energetischen Quartiersanierung erarbeitet werden. Diese Sanierungsfahrpläne sollten geeignete Ziele, Sanierungszeitpunkte und Maßnahmenpakete bezüglich Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Wärmeversorgung passend für die verschiedenen Haus- und Gebietstypen der Quartiere beinhalten;
12. interne Verwaltungsprozesse so zu digitalisieren, dass unnötiger Papierverbrauch und Transport (Postzustellung o. Ä.) vermieden wird.

Berlin, den 30. Juni 2020

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

---

<sup>1</sup> <https://watson.brown.edu/research/2019/pentagon-fuel-use-climate-change-and-costs-war>

